Fächerübergreifende Modulprüfung III / Modulprüfung Öffentliches Recht am 30. 1. 2025

(Erstellung des Falles: Univ.-Prof. Dr. Karl Stöger, MJur)

Hinweis: Die im Anhang abgedruckten Gesetzestexte wurden aus didaktischen Gründen teilweise gekürzt. Verwenden Sie daher bitte die im Anhang abgedruckten Bestimmungen!

Gut Pfad!

Eine Pfadfindergruppe aus Linz veranstaltet ihr Sommerlager für das Jahr 2024 auf einer großen Wiese am Fuße des Grasbergs in der Gemeinde Altmünster am Traunsee (Bezirk Gmunden, Oberösterreich). Es nehmen insgesamt 240 Personen verschiedener Altersstufen teil, von denen der Großteil in Zelten auf eben jener Wiese untergebracht ist. Auf der Wiese befinden sich auch mehrere angemietete mobile WCs sowie das Küchenzelt, in dem eifrig gearbeitet wird. Für die Versorgung und Leitung der Küche haben sich die 19-jährige **Elise Kauz** und ihr gleichaltriger Freund **Franz Eder** – beide führen zugleich auch jeweils eine Patrouille von fünf bis zehn jüngeren Pfadfinder*innen an – bereit erklärt, da beide einen Probeführerschein (Lenkberechtigung der Klasse B) und gemeinsam ein Auto, einen alten VW-Kombi, besitzen.

Am dritten Tag des Lagers ist ein Großeinkauf in Gmunden, der Nachbargemeinde von Altmünster, notwendig. Vom Lagerplatz bis zur Kreuzung mit einer größeren Hauptstraße führt eine wenig befahrene Straße mit öffentlichem Verkehr. Sie ist etwa 0,8 km lang. In Richtung dieser Kreuzung will auch eine Gruppe von fünf jüngeren Pfadfinder*innen (zwischen acht und elf Jahren), sodass sich **Elise** und **Franz** bereit erklären, diese bis zur Kreuzung mitzunehmen – und zwar drei auf der Rückbank und zwei frei im Kofferraum sitzend. **Elise** ist am Steuer und fährt ob der „wertvollen Fracht“ besonders langsam und vorsichtig. Kurz vor der Kreuzung mit der Hauptstraße bleibt sie stehen und lässt ihre Fahrgäste wieder aussteigen. Auf der anderen Seite der Kreuzung stehen zwei Polizistinnen, die gerade eine Messung mit einem mobilen Radargerät durchführen. Sie sehen, wie zwei Kinder aus dem Kofferraum und drei weitere von der Rückbank aussteigen. Die Polizistinnen beschließen, sich das näher anzusehen, da dies etwas spannender zu sein scheint als die Geschwindigkeitsüberwachung mittels einer Radarpistole. Sie deuten **Elise**, nicht weiterzufahren, und stellen aufgrund ihrer Beobachtungen zutreffend fest, dass zwei Kinder im Kofferraum befördert wurden und drei weitere Kinder (jeweils zwischen 1,28 und 1,33 m groß) ohne Kindersitz oder Sitzerhöhung auf der Rückbank mitgefahren sind. Die Polizistinnen lassen **Elise** nach Kontrolle ihres Führerscheins und Aufnahme ihrer Personalien wissen, dass sie „da Einiges angestellt hat und von der Behörde hören wird“. Danach fahren **Elise** und **Franz** weiter nach Gmunden. **Elise**, die noch nie etwas Ernstes mit Behörden und Gerichten oder sonstigen staatlichen Stellen zu tun hatte, ist angesichts des Vorfalls sehr bestürzt, wollte sie doch ihren jüngeren Pfadfinderkolleg*innen bloß einen Gefallen tun.

Einige Tage später bemerkt eine Landwirtin, deren Hof bachabwärts von der Lagerwiese liegt, dass in ihrem Teich drei Fische tot an der Oberfläche treiben. Ihre Kiemen wirken ölverklebt und überhaupt schimmert das Wasser verdächtig. Schlussendlich findet sie drei tote Fische und zwei toten Wasserkäfer. Bald wird klar, was passiert ist. Am Vorabend – das war der 31. 8. 2024 – gab es im Pfadfinderslager Pommes Frites für alle, welche die Pfadfinder*innen in großen Töpfen voller heißem Bio-Olivenöl selbst zubereiteten. „Hobby-Küchenchef“ **Franz** schlug daraufhin einer Zwölfjährigen, einem 13-

Jährigen und einer Elfjährigen aus der Gruppe der Küchenhelfer*innen vor, die Töpfe mit dem gebrauchten Öl in den Bach, der hinter dem Küchenzelt durch die Lagerwiese fließt, zu leeren. Diese stellten kurz die Frage, ob das nicht schlecht für den Bach sein könnte, aber *Franz* belehrte sie nachdrücklich darüber, dass das teure Bio-Öl ein reines Naturprodukt sei, welches dem Bach keinesfalls schaden könne. Die jungen Pfadfinder*innen vertrauten ihm und gingen daher ans Werk, was im Ergebnis das Todesurteil für die fünf im Wasser lebenden Tiere bedeutete. Zudem musste die Landwirtin das Öl aufwendig aus dem Teich entfernen.

Nach einem wutentbrannten Anruf der Landwirtin bei der Polizei kommen die zwei (schon bekannten) Polizistinnen, diesmal gemeinsam mit ihrem Kollegen *Gustl*, einem kleingewachsenen, sommersprossigen und rothaarigen 23-jährigen Polizisten, ins Lager und erkundigen sich dort nach möglichen Vorfällen mit Öl in der Küche. Die dort anwesende Zwölfjährige berichtet von *Franz*' Idee, und damit ist der „Fall“ auch schon geklärt. Das polizeiliche Trio begibt sich daraufhin auf die Suche nach *Franz*. Als dieser gefunden wird, fordert *Gustl* seine Ausweispapiere und teilt ihm, während er die Daten von *Franz*' Personalausweis aufschreibt, in deutlichen Worten mit, dass er ein rücksichtsloser Umweltsünder sei. Das bringt *Franz* sehr in Rage. Er ist empört, dass ihn ein Mensch, der einen Kopf kleiner und eine Schulter schmaler ist als er, in Anwesenheit seiner Freundin *Elise* derart tadelt. Er herrscht *Gustl* an: „Pass auf, Pumuckl, wenn du dich für Greenpeace hältst, dann schleck doch den Bach einfach aus!“

Damit hat *Franz* einen wunden Punkt getroffen, denn schon in der Schule und der Polizeiausbildung wurde der junge Polizist als „Pumuckl“ gehänselt. Ohne ein Wort der Vorwarnung reißt er den völlig verblüfften *Franz* mit beachtlicher, wutbefuerter Kraft zu Boden, dreht ihn auf den Bauch, legt ihm Handschellen an und schreit: „Du bist verhaftet!“ Daraufhin schreitet die dienstälteste Polizistin ein und deutet ihrem jungen Kollegen, zum Polizeiauto zurückzugehen und dort zu warten. Sie nimmt *Franz*, der nun eingeschüchtert und ruhig ist, die Handschellen ab, nimmt die letzten Daten auf und meint dann trocken: „Auch wenn der Kollege etwas schnell war, sollten Sie Ihre Aggressionen besser steuern, also selbst schuld. Sie werden von der Behörde hören, vielleicht bekommen Sie und Ihre Freundin ja Pärchenrabatt“. Am 3. 9. 2024 schickt die Polizistin dann eine Sachverhaltsdarstellung (Anzeige) an die zuständige Behörde.

Für *Elise* und *Franz* ist das Sommerlager nunmehr ruiniert. Wenige Tage später werden beide jeweils von einer Behörde geladen, um zu den Geschehnissen Stellung zu nehmen. Dabei geht es um die Vorfälle mit dem Auto und dem Öl im Wasser, zu den Vorgängen mit dem Polizisten *Gustl* werden sie nicht befragt. Besonders „übel“ wird es aber erst ein paar Monate später, als sich die Behörden mit gleich mehreren Schreiben melden, die der Postbote an die gemeinsame Wohnung der beiden in Linz zustellt. Zunächst wird *Elise* mit am 15. 1. 2025 zugestellten bzw auf den 12. 1. 2025 datierten Bescheid von ihrer Führerscheinbehörde, der LPD Oberösterreich, mitgeteilt, dass ihre Probezeit beim Probeführerschein wegen der Verletzung der Vorschriften über die Personenbeförderung in Kfz im Allgemeinen sowie über die Kindersicherung im Besonderen um ein Jahr verlängert wird und sie zur Nachschulung wegen eines schweren Verstoßes erscheinen muss. Im Übrigen wird als besondere Maßnahme wegen der Beförderung von Kindern ohne Kindersitz, was nur einem potenziellen „Verkehrsröwdy“ einfallen könne, die Teilnahme an einem Fahrsicherheitstraining angeordnet. Dies trifft *Elise* zutiefst, da sie eine

ausgesprochen gute und sichere Autofahrerin ist. *Elises* Vater **Ludwig Kauz** ist Rechtsanwalt in Linz und ausgesprochen aufgebracht, da er den Bescheid „von vorne bis hinten für inhaltlich rechtswidrig“ hält. Selbstverständlich, so teilt er seiner Tochter mit, werde er diesen Bescheid für sie bekämpfen.

1. **Verfassen Sie bitte einen Schriftsatz, in dem *Ludwig Kauz* (als *Elises* Anwalt) den Bescheid (GZ: FS/24/54518) der Landespolizeidirektion an seine Tochter bekämpft. Bringen Sie bitte alle behaupteten Rechtswidrigkeiten vor. (~ 20 %)**

Hinweis: Ausführungen außerhalb der Schriftsatzform werden nicht gewertet!

Einige Tage später, das heißt erst **nach** dem Bescheid der Führerscheinbehörde, erhält *Elise* einen weiteren Bescheid, diesmal von der BH Gmunden, in der über sie wegen unzureichender Kindersicherung und unerlaubten Fahrgasttransports eine sehr hohe Geldstrafe verhängt wird. Die Behörde begründet die Höhe zum einen damit, dass *Elise* als Tochter eines oberösterreichweit bekannten erfolgreichen Rechtsanwalts sicher genug Geld habe, sodass die Strafe entsprechend hoch festzusetzen sei, und zum anderen damit, dass (sinngemäß) nichts dafürspricht, eine niedrigere Geldstrafe zu verhängen. **Ludwig Kauz** gerät nun völlig in Rage und ist angesichts dessen Profi genug, den Bescheid einer*m Konzipientin*en zu übergeben, mit dem Auftrag, in einem Aktenvermerk zu prüfen, wie die Bemessung der Geldstrafe im Hinblick auf die beiden, im Bescheid enthaltenen Begründungen zu werten ist.

2. **Sie sind die*der Konzipient*in. Verfassen Sie bitte den entsprechenden Aktenvermerk. (~ 10 %)**

Die Stimmung in der gemeinsamen Linzer Wohnung von *Elise* und *Franz* ist dementsprechend schon sehr schlecht, als eines Tages der Postbote klingelt und drei Schreiben für *Franz* abgeben möchte, die sehr behördlich aussehen, und dafür eine Unterschrift verlangt. *Elise* öffnet die Tür und beschließt, ihren Freund – der gerade im Supermarkt einkaufen ist – vor dem drohenden Unheil zu beschützen, indem sie sich weigert, das Schreiben entgegenzunehmen. Der Postbote protestiert, denn er kennt die beiden und weiß, dass *Elise* und *Franz* seit einem Jahr zusammenwohnen, gemeinsam ein Auto und ein Haushaltskonto haben und schon seit der Schulzeit ein Paar sind. *Elise* wiederum meint, man wohne gemeinsam in einer WG, was sie noch nicht zur Privatsekretärin ihres Freundes mache. Der Postbote teilt *Elise* daraufhin mit, er werde die Schreiben dann halt in den Postkasten legen, was er auch tut. Als *Elise* dem *Franz* am Abend davon berichtet und ihn bittet, die Schreiben einfach zu ignorieren, ist er sich nicht sicher, ob das eine gute Idee ist und ruft eine*n guten Freund*in, die*der Jus studiert, an, um zu fragen, ob das Ignorieren der Schreiben irgendetwas nützt.

3. **Sie sind die*der Freund*in, bitte geben Sie *Franz* die gewünschte Auskunft. (~ 8 %)**

Als *Franz* die Auskunft erhalten hat, denkt er einige Stunden darüber nach und entscheidet sich dann dafür, die Schreiben zu öffnen. Das erste ist ein Strafbescheid der BH Gmunden, in dem festgehalten wird, dass die drei Pfadfinder*innen in seinem Auftrag das Olivenöl in den Bach entsorgt und dadurch eine Wasserverschmutzung herbeigeführt hätten.

4. Prüfen Sie die Strafbarkeit von *Franz*! Welche rechtliche Bedeutung hat es, dass er für die Handlung der drei Pfadfinder*innen verantwortlich gemacht wird? Sind die drei ebenfalls zu bestrafen? (~ 6 %)

Hinweis: Sie können davon ausgehen, dass keine gerichtlich strafbare Umweltverschmutzung vorliegt. Eine Strafbarkeit der Pfadfinder*innengruppe oder einer für sie verantwortlichen Person ist nicht zu prüfen.

Das zweite Schreiben enthält eine weitere Strafe für *Franz*. Wegen Übertretung des § 82 Abs 1 SPG wird er zu einer Verwaltungsstrafe von 600 Euro verurteilt. Er ist über diese Überraschung sehr verärgert, insbesondere weil er sich zu diesen Vorwürfen nicht äußern konnte, und *Ludwig Kauz* bestätigt ihn in seiner Einschätzung, dass er diese Tat gar nicht begangen habe und er sich im Übrigen seinerseits wegen des Verhaltens des jungen Polizisten *Gustl* zur Wehr setzen könne.

5. Was kann *Franz* gegen die Strafe wegen § 82 Abs 1 SPG tun? Was soll er vorbringen, wenn er sich zur Wehr setzen möchte? (~ 6 %)

6. Wie beurteilen Sie das handgreifliche Verhalten von *Gustl* gegenüber *Franz* und wie kann *Franz* sich dagegen zur Wehr setzen? Die Rechtzeitigkeit des Rechtsmittels ist hier nicht zu prüfen (gehen Sie davon aus, dass ein möglicherweise zu erhebendes Rechtsmittel jedenfalls rechtzeitig wäre). (~ 15 %)

Das dritte Schreiben hat es dann aber wirklich in sich. *Franz* wird darin in einem an ihn adressierten Bescheid vom Bürgermeister von Linz mitgeteilt, dass gegen ihn Maßnahmen nach dem neuen Wirbeltier-Tötungs-Revanche-Gesetz (WTRG; **Gesetzestext im Anhang**) ergriffen werden, nämlich der Einzug von 50 % seiner gesamten Vermögenswerte (das sind im Wesentlichen seine Ersparnisse aus Ferialtätigkeiten und Geldgeschenke von Familienangehörigen sowie das halbe Auto). Er hat zwar von diesem Gesetz gehört, da es bei der Beschlussfassung einige Aufregung gab, aber erst jetzt wird *Franz* wirklich klar, warum. Er kontaktiert sofort den Vater seiner Freundin, Rechtsanwalt *Ludwig Kauz*. Als der das WTRG durchliest, fallen ihm sofort einige grundlegende Probleme auf. Er verspricht *Franz*, sein Vermögen und insb auch das Auto zu retten. *Ludwig Kauz* macht sich gleich an die Arbeit und geht folgenden drei Fragen auf den Grund: Wie ist (1) die Einziehung eines erheblichen Teils des Eigentums einer Person, (2) eine mögliche mehrfache Sanktionierung der Tötung eines Tieres und (3) das Inkrafttreten des Gesetzes aus grundrechtlicher Sicht zu werten? Er erstellt daraufhin einen Aktenvermerk, in dem er weiters ausführt, (4) wie der (dem *Franz* zugestellte) Bescheid, allenfalls über mehrere Schritte, so zu bekämpfen ist, dass dabei auch die dargestellten verfassungsrechtlichen Probleme aufgegriffen werden können.

7. Sie sind nunmehr *Ludwig Kauz* und verfassen diesen Aktenvermerk, in dem diese vier Punkte dargestellt werden. (~ 25 %)

1. Hinweis: Gehen Sie davon aus, dass der Bürgermeister von Linz die zuständige Behörde ist.

2. Hinweis: Fische sind Wirbeltiere, Käfer nicht.

(Aufbau, Klarheit und Stringenz der Argumentation in der gesamten Arbeit: ~ 10 %)

Anhang

Hinweis: Die abgedruckten Gesetzestexte wurden aus didaktischen Gründen teilweise gekürzt. Verwenden Sie daher bitte die hier abgedruckten Bestimmungen!

Führerscheingesetz (FSG)

Lenkberechtigung für Anfänger (Probeführerschein)

§ 4. (1) Lenkberechtigungen für alle Klassen mit Ausnahme der Klassen AM und F, die Personen erteilt werden, die vorher keine in- oder ausländische Lenkberechtigung für eine dieser Klassen besessen haben, unterliegen einer Probezeit von drei Jahren. Diese Probezeit ist in den Führerschein nicht einzutragen. [...]

(3) Begeht der Besitzer der Lenkberechtigung innerhalb der Probezeit einen schweren Verstoß (Abs. 6) oder verstößt er gegen die Bestimmung des Abs. 7, so ist von der Behörde unverzüglich eine Nachschulung anzuordnen, wobei die Rechtskraft der Bestrafung wegen eines schweren Verstoßes abzuwarten ist. [...] Rechtsmittel gegen die Anordnung der Nachschulung haben keine aufschiebende Wirkung. Mit der Anordnung einer Nachschulung verlängert sich die Probezeit jeweils um ein weiteres Jahr oder es beginnt eine neuerliche Probezeit von einem Jahr, wenn die Probezeit in der Zeit zwischen der Deliktsetzung und der Anordnung der Nachschulung abgelaufen ist; die Verlängerung oder der Neubeginn der Probezeit ist von der Wohnsitzbehörde dem Führerscheinregister zu melden und in den Führerschein einzutragen. Der Besitzer des Probeführerscheines hat diesen bei der Behörde abzuliefern, die Behörde hat die Herstellung eines neuen Führerscheines gemäß § 13 Abs. 6 in die Wege zu leiten. [...]

(5) Begeht der Besitzer der Lenkberechtigung innerhalb der dritten Verlängerung der Probezeit einen neuerlichen Verstoß gemäß Abs. 6 oder 7, so hat die Behörde das Vorliegen der gesundheitlichen Eignung mittels eines amtsärztlichen Gutachtens abzuklären und dafür eine verkehrspsychologische Untersuchung anzuordnen und gegebenenfalls die Lenkberechtigung zu entziehen.

(6) Als schwerer Verstoß gemäß Abs. 3 gelten

1. Übertretungen folgender Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung 1960 – StVO 1960, BGBl. Nr. 159:
 - a) § 4 Abs. 1 lit. a (Fahrerflucht),
 - b) § 7 Abs. 5 (Fahren gegen die zulässige Fahrtrichtung),
 - c) § 16 Abs. 1 (Überholen unter gefährlichen Umständen),
 - d) § 16 Abs. 2 lit. a (Nichtbefolgen von gemäß § 52 lit. a Z 4a und Z 4c kundgemachten Überholverboten),
 - e) § 19 Abs. 7 (Vorrangverletzung),
 - f) §§ 37 Abs. 3, 38 Abs. 2a, 38 Abs. 5 (Überfahren von „Halt“-Zeichen),

g) § 46 Abs. 4 lit. a und b (Fahren auf der falschen Richtungsfahrbahn auf Autobahnen);

2. mit technischen Hilfsmitteln festgestellte Überschreitungen einer ziffernmäßig festgesetzten erlaubten Höchstgeschwindigkeit im Ausmaß von

- a) mehr als 20 km/h im Ortsgebiet oder
- b) mehr als 40 km/h auf Freilandstraßen; [...]

(7) Während der Probezeit darf der Lenker ein Kraftfahrzeug nur in Betrieb nehmen und lenken, wenn der Alkoholgehalt des Blutes nicht mehr als 0,1 g/l (0,1 Promille) oder der Alkoholgehalt der Atemluft nicht mehr als 0,05 mg/l beträgt. Er darf während der Fahrt – einschließlich der Fahrtunterbrechungen – keinen Alkohol zu sich nehmen. Verstöße gegen diese Bestimmungen sind nur mit der Anordnung einer Nachschulung (Abs. 3) zu ahnden. [...]

6. Abschnitt

Vormerkssystem – Maßnahmen gegen Risikolenker

Vormerkssystem

§ 30a. (1) Hat ein Kraftfahrzeuglenker eines der in Abs. 2 angeführten Delikte begangen, so ist unabhängig von einer verhängten Verwaltungsstrafe, einer etwaigen Entziehung der Lenkberechtigung oder sonstiger angeordneter Maßnahmen eine Vormerkung im Örtlichen Führerscheinregister einzutragen. Die Vormerkung ist auch dann einzutragen, wenn das in Abs. 2 genannte Delikt den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung verwirklicht. Für die Vornahme der Eintragung ist die Rechtskraft des gerichtlichen oder des Verwaltungsstrafverfahrens abzuwarten. Die Eintragung der Vormerkung ist von der das Verwaltungsstrafverfahren führenden Behörde, im Fall einer gerichtlichen Verurteilung von der Behörde des Hauptwohnsitzes vorzunehmen und gilt ab dem Zeitpunkt der Deliktsetzung. Der Lenker ist über die Eintragung und den sich daraus möglicherweise ergebenden Folgen durch einen Hinweis im erstinstanzlichen Strafbescheid zu informieren.

(2) Folgende Delikte sind gemäß Abs. 1 vorzumerken: [...]

13. Übertretungen des § 106 Abs. 5 Z 1 und 2, § 106 Abs. 5 dritter Satz und § 106 Abs. 6 letzter Satz KFG 1967.

(3) Werden zwei oder mehrere der in Abs. 2 angeführten Delikte in Tateinheit begangen, so zählt die Eintragung in das Örtliche Führerscheinregister als eine Vormerkung.

Besondere Maßnahmen

§ 30b. (1) Unbeschadet einer etwaigen Entziehung der Lenkberechtigung ist eine besondere Maßnahme gemäß Abs. 3 anzuordnen:

1. wenn zwei oder mehrere der im § 30a Abs. 2 genannten Delikte in Tateinheit (§ 30a Abs. 3) begangen werden [...].

(2) Von der Anordnung einer besonderen Maßnahme ist jedoch Abstand zu nehmen, wenn [...]

2. eine Nachschulung gemäß § 4 Abs. 3 angeordnet wird [...]

(3) Als besondere Maßnahmen kommt die Teilnahme an

1. Nachschulungen [...],
2. Perfektionsfahrten [...],
3. das Fahrsicherheitstraining [...],
4. Vorträgen oder Seminaren über geeignete Ladungssicherungsmaßnahmen,
5. Unterweisungen in lebensrettenden Sofortmaßnahmen [...] oder
6. Kurse über geeignete Maßnahmen zur Kindersicherung

in Betracht. Die zu absolvierende Maßnahme ist von der Behörde festzusetzen, wobei darauf Bedacht zu nehmen ist, dass die Maßnahme geeignet ist, im Wesentlichen den Unrechtsgehalt der gesetzten Delikte aufzuarbeiten. Es ist jene Maßnahme zu wählen, die für den Betroffenen am besten geeignet ist, sich mit seinem Fehlverhalten auseinanderzusetzen, sich die Gefahren im Straßenverkehr bewusst zu machen und durch entsprechende Bewusstseinsbildung, auch im Hinblick auf die Notwendigkeit einer unfallvermeidenden defensiven Fahrweise und die fahrphysikalischen Grenzen beim Betrieb eines Kraftfahrzeuges, einen Rückfall in weitere Verkehrsverstöße zu vermeiden.

(4) Der von der Anordnung der besonderen Maßnahme Betroffene hat der Behörde eine Bestätigung jener Einrichtung, bei der die besondere Maßnahme absolviert wurde, über die Teilnahme und seine Mitarbeit vorzulegen.

Kraftfahrgesetz (KFG)

Personenbeförderung

§ 106. (1) Mit Kraftfahrzeugen und Anhängern dürfen Personen nur befördert werden, wenn deren Sicherheit gewährleistet ist. Sie dürfen [...] nur auf den dafür vorgesehenen Sitz- oder Stehplätzen und nur so befördert werden, dass dadurch nicht die Aufmerksamkeit oder die Bewegungsfreiheit des Lenkers beeinträchtigt, seine freie Sicht behindert oder der Lenker oder beförderte Personen sonst gefährdet werden. [...]

(2) Ist ein Sitzplatz eines Kraftfahrzeuges mit einem Sicherheitsgurt ausgerüstet, so sind Lenker und beförderte Personen, die einen solchen Sitzplatz benutzen, je für sich zum bestimmungsgemäßen Gebrauch des Sicherheitsgurtes verpflichtet. [...]

(5) Der Lenker hat dafür zu sorgen, dass Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres, die

1. 135 cm und größer sind, auf einem Sitzplatz eines Kraftfahrzeuges, der mit einem Sicherheitsgurt ausgerüstet ist, nur befördert

werden, wenn sie den Sicherheitsgurt bestimmungsgemäß gebrauchen,

2. kleiner als 135 cm sind, in Kraftwagen [...] nur befördert werden, wenn dabei geeignete, der Größe und dem Gewicht der Kinder entsprechende Rückhalteeinrichtungen verwendet werden, welche die Gefahr von Körperverletzungen bei einem Unfall verringern. [...]

Strafbestimmungen

§ 134. (1) Wer

1. diesem Bundesgesetz oder
2. den auf Grund dieses Bundesgesetzes erlassenen Verordnungen, Bescheiden oder sonstigen Anordnungen [...]

zuwiderhandelt, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu 10 000 Euro, im Falle ihrer Uneinbringlichkeit mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Wochen zu bestrafen. [...] Wurde der Täter wegen der gleichen Zuwiderhandlung bereits zweimal bestraft, so können die Geldstrafe und die Freiheitsstrafe auch nebeneinander verhängt werden. Die Verhängung einer Freiheitsstrafe ist in diesen Fällen aber nur zulässig, wenn es ihrer bedarf, um den Täter von weiteren Verwaltungsübertretungen der gleichen Art abzuhalten. Auch der Versuch einer solchen Zuwiderhandlung ist strafbar.

Strafgesetzbuch (StGB)

Vierter Abschnitt

Strafbemessung

Allgemeine Grundsätze

§ 32. (1) Grundlage für die Bemessung der Strafe ist die Schuld des Täters.

(2) Bei Bemessung der Strafe hat das Gericht die Erschwerungs- und die Milderungsgründe, soweit sie nicht schon die Strafdrohung bestimmen, gegeneinander abzuwägen und auch auf die Auswirkungen der Strafe und anderer zu erwartender Folgen der Tat auf das künftige Leben des Täters in der Gesellschaft Bedacht zu nehmen. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, inwieweit die Tat auf eine gegenüber rechtlich geschützten Werten ablehnende oder gleichgültige Einstellung des Täters und inwieweit sie auf äußere Umstände oder Beweggründe zurückzuführen ist, durch die sie auch einem mit den rechtlich geschützten Werten verbundenen Menschen naheliegen könnte.

(3) Im allgemeinen ist die Strafe umso strenger zu bemessen, je größer die Schädigung oder Gefährdung ist, die der Täter verschuldet hat oder die er zwar nicht herbeigeführt, aber auf die sich sein Verschulden erstreckt hat, je mehr Pflichten er durch seine Handlung verletzt, je reiflicher er seine Tat überlegt, je sorgfältiger er sie vorbereitet oder je rücksichtsloser er sie ausgeführt hat und je weniger Vorsicht gegen die Tat hat gebraucht werden können.

Besondere Erschwerungsgründe

§ 33. (1) Ein Erschwerungsgrund ist es insbesondere, wenn der Täter

1. mehrere strafbare Handlungen derselben oder verschiedener Art begangen oder die strafbare Handlung durch längere Zeit fortgesetzt hat;
2. schon wegen einer auf der gleichen schädlichen Neigung beruhenden Tat verurteilt worden ist;
3. einen anderen zur strafbaren Handlung geführt hat;
4. der Urheber oder Anstifter einer von mehreren begangenen strafbaren Handlung oder an einer solchen Tat führend beteiligt gewesen ist;
5. aus rassistischen, fremdenfeindlichen oder anderen besonders verwerflichen Beweggründen, insbesondere solchen, die sich gegen eine der in § 283 Abs. 1 Z 1 genannten Gruppen von Personen oder ein Mitglied einer solchen Gruppe ausdrücklich wegen der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe richten, gehandelt hat; [...]
6. heimtückisch, grausam oder in einer für das Opfer qualvollen Weise gehandelt hat;
7. bei Begehung der Tat die Wehr- oder Hilflosigkeit eines anderen ausgenützt hat;
8. die Tat unter Missbrauch der personenbezogenen Daten einer anderen Person begangen hat, um das Vertrauen eines Dritten zu gewinnen, wodurch dem rechtmäßigen Identitätseigentümer ein Schaden zugefügt wird.

(2) Ein Erschwerungsgrund ist es auch, wenn der Täter eine vorsätzliche strafbare Handlung nach dem ersten bis dritten oder zehnten Abschnitt des Besonderen Teils oder eine sonstige strafbare Handlung unter Anwendung von Gewalt oder gefährlicher Drohung

1. als Volljähriger gegen eine minderjährige Person oder für diese wahrnehmbar gegen eine ihr nahestehende Person
2. gegen eine Angehörige oder einen Angehörigen (§ 72), einschließlich einer früheren Ehefrau, eingetragenen Partnerin oder Lebensgefährtin oder eines früheren Ehemanns, eingetragenen Partners oder Lebensgefährten oder als mit dem Opfer zusammenlebende Person;
3. unter Missbrauch einer Autoritätsstellung;
4. gegen eine aufgrund besonderer Umstände schutzbedürftige Person unter Ausnützung deren besonderer Schutzbedürftigkeit;
5. unter Einsatz eines außergewöhnlich hohen Ausmaßes an Gewalt oder nachdem der Tat eine solche Gewaltanwendung vorausgegangen ist;
6. unter Einsatz oder Drohung mit einer Waffe begangen hat. [...]

Besondere Milderungsgründe

§ 34. (1) Ein Milderungsgrund ist es insbesondere, wenn der Täter

1. die Tat nach Vollendung des achtzehnten, jedoch vor Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahres oder wenn er sie unter dem Einfluß eines abnormen Geisteszustands begangen hat, wenn er schwach an Verstand ist oder wenn seine Erziehung sehr vernachlässigt worden ist;
2. bisher einen ordentlichen Lebenswandel geführt hat und die Tat mit seinem sonstigen Verhalten in auffallendem Widerspruch steht;
3. die Tat aus achtenswerten Beweggründen begangen hat;
4. die Tat unter der Einwirkung eines Dritten oder aus Furcht oder Gehorsam verübt hat;
5. sich lediglich dadurch strafbar gemacht hat, daß er es in einem Fall, in dem das Gesetz die Herbeiführung eines Erfolges mit Strafe bedroht, unterlassen hat, den Erfolg abzuwenden;
6. an einer von mehreren begangenen strafbaren Handlung nur in untergeordneter Weise beteiligt war;
7. die Tat nur aus Unbesonnenheit begangen hat; [...]
9. die Tat mehr durch eine besonders verlockende Gelegenheit verleitet als mit vorgefaßter Absicht begangen hat;
10. durch eine nicht auf Arbeitsscheu zurückzuführende drückende Notlage zur Tat bestimmt worden ist;
11. die Tat unter Umständen begangen hat, die einem Schuldausschließungs- oder Rechtfertigungsgrund nahekommen;
12. die Tat in einem die Schuld nicht ausschließenden Rechtsirrtum (§ 9) begangen hat, insbesondere wenn er wegen vorsätzlicher Begehung bestraft wird;
13. trotz Vollendung der Tat keinen Schaden herbeigeführt hat oder es beim Versuch geblieben ist;
14. sich der Zufügung eines größeren Schadens, obwohl ihm dazu die Gelegenheit offenstand, freiwillig enthalten hat oder wenn der Schaden vom Täter oder von einem Dritten für ihn gutgemacht worden ist;
15. sich ernstlich bemüht hat, den verursachten Schaden gutzumachen oder weitere nachteilige Folgen zu verhindern; [...]
17. ein reumütiges Geständnis abgelegt oder durch seine Aussage wesentlich zur Wahrheitsfindung beigetragen hat;
18. die Tat schon vor längerer Zeit begangen und sich seither wohlverhalten hat; [...]

(2) Ein Milderungsgrund ist es auch, wenn das gegen den Täter geführte Verfahren aus einem nicht von ihm oder seinem Verteidiger zu vertretenden Grund unverhältnismäßig lange gedauert hat.

**Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch
(ABGB)**

Von der Verbindlichkeit zum Schadenersatz:

1) von dem Schaden aus Verschulden;

[...]

§ 1297. Es wird aber auch vermuthet, daß jeder welcher den Verstandesgebrauch besitzt, eines solchen Grades des Fleißes und der Aufmerksamkeit fähig sey, welcher bey gewöhnlichen Fähigkeiten angewendet werden kann. Wer bey Handlungen, woraus eine Verkürzung der Rechte eines Anderen entsteht, diesen Grad des Fleißes oder der Aufmerksamkeit unterläßt, macht sich eines Versehens schuldig.

[...]

insbesondere: a) der Sachverständigen;

§ 1299. Wer sich zu einem Amte, zu einer Kunst, zu einem Gewerbe oder Handwerke öffentlich bekennet; oder wer ohne Noth freywillig ein Geschäft übernimmt, dessen Ausführung eigene Kunstkenntnisse, oder einen nicht gewöhnlichen Fleiß erfordert, gibt dadurch zu erkennen, daß er sich den nothwendigen Fleiß und die erforderlichen, nicht gewöhnlichen Kenntnisse zutraue; er muß daher den Mangel derselben vertreten. Hat aber derjenige, welcher ihm das Geschäft überließ, die Unerfahrenheit desselben gewußt; oder, bey gewöhnlicher Aufmerksamkeit wissen können; so fällt zugleich dem Letzteren ein Versehen zur Last.

Wirbeltier-Tötungs-Revanche-Gesetz (WTRG)

fiktiv

StF: BGBl. Nr. I. 77/2024

kundgemacht am 02. 09. 2024

§ 1. (1) Dieses Bundesgesetz dient dem pauschalen Ausgleich von Nachteilen, die der Natur durch die vorsätzliche oder fahrlässige Tötung von zumindest einem Wirbeltier (in der Folge: böse Tat) erwachsen. Davon ausgenommen ist ausschließlich die Tötung zu Zwecken der Fleischgewinnung sowie eine behördlich angeordnete Tötung eines

Wirbeltieres. Auch die Tötung eines Tieres zu rein jagdlichen Zwecken ist eine böse Tat, sofern nicht die Fleischgewinnung im Vordergrund steht. Dies ist von der zuständigen Jagdbehörde festzustellen.

(2) Jede böse Tat ist durch den Einzug von 50 v. H. des Vermögens der Täterin bzw des Täters auszugleichen. Werden mehr als fünf Tiere getötet, erhöht sich der Ausgleich auf 75 v. H.

(3) Dieses Bundesgesetz gilt nur für natürliche Personen.

(4) Die Tötung eines Menschen fällt nicht unter dieses Bundesgesetz.

§ 2. (1) Eine böse Tat liegt dann vor, wenn eine Person erstinstanzlich durch eine Verwaltungsbehörde oder ein Gericht für eine Verwaltungsübertretung oder eine gerichtlich strafbare Handlung, im Zuge derer ein Wirbeltier getötet wurde, bestraft wird bzw eine solche Tötung festgestellt wird. Wird eine entsprechende Strafe bzw Feststellung später aufgehoben, ist ein bereits eingezogener Ausgleichsbetrag zurückzuzahlen.

(2) Bei Vorliegen einer bösen Tat im Sinne des Abs. 1 hat die zuständige Behörde ohne weiteres Verfahren die Vermögenswerte der Täterin oder des Täters zu ermitteln und anschließend einen Bescheid mit einer Zahlungsaufforderung zu erlassen. Die Zahlungsfrist ist mit höchstens drei Werktagen ab Zustellung festzusetzen, sollte ein Verkauf von beweglichen oder unbeweglichen Vermögenswerten erforderlich sein, mit höchstens vier Wochen.

[...]

§ 7. (1) Die Einziehung im Sinne dieses Bundesgesetzes obliegt der Bezirksverwaltungsbehörde.

(2) Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach dem Wohnsitz desjenigen, der beschuldigt wird, die böse Tat begangen zu haben.

§ 8. (1) Dieses Bundesgesetz ist auf alle bösen Taten anzuwenden, die ab dem 3. September 2024 bei der zur Bestrafung oder Feststellung zuständigen Verwaltungsbehörde von staatlichen Organen oder Privatpersonen angezeigt wurden.

[...]